



## Positionspapier

# Stadt.ImPuls – Ein Sicherheitskonzept für lebenswerte, öffentliche Räume in Baden-Württemberg

### 1. Den öffentlichen Raum aktiv gestalten: „Frei lebt, wer sich sicher fühlt“

Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis. Sicherheit ist Lebensqualität. Sicherheit ist zunehmend auch ein Standortfaktor. Wir Grüne haben seit 2011 sehr viel dafür getan, dass Baden-Württemberg eines der sichersten Bundesländer ist. Wir haben u.a. eine beispiellose Einstellungsoffensive für eine möglichst bürgernah operierende Polizei gestartet und stattdessen diese modern aus. Wir haben die klassischen Kriminalitätsdelikte gesenkt, insbesondere bei den Wohnungseinbrüchen. Wir haben unsere Sicherheitsbehörden und Spezialeinheiten für die Abwehr des Terrorismus gestärkt. Wir haben mit Städten mit besonderen Kriminalitätsanforderungen erfolgreiche Sicherheitspartnerschaften geschlossen. Wir haben die Justiz auf allen Ebenen gestärkt. Und diese Beispiele stehen nur stellvertretend für viele Maßnahmen in den letzten acht Jahren.

Dennoch empfinden viele Menschen wachsende Ängste und Bedrohungsgefühle vor Terrorismus, Gewalt, Einbruchskriminalität oder – nach der brutalen Gruppenvergewaltigung in Freiburg – vor sexuellen Straftaten und Übergriffen im öffentlichen Raum. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf einen angstfreien Aufenthalt auf den Straßen und Plätzen unserer Städte und eine gefahrlose Nutzung des ÖPNV. Gleichzeitig sollen unsere Städte offene Orte bleiben, die für jede und jeden zu jeder Zeit zugänglich sein sollen. Denn sichere Städte sind lebenswerte Städte.

Im öffentlichen Raum wird der Zielkonflikt zwischen Sicherheit und Freiheit unmittelbar sichtbar. Öffentlicher Raum ist der Ort städtischen Zusammenlebens schlechthin. Er ist ein Ort der Begegnung, des Dialogs, des ungezwungenen Zusammenseins, der gemeinsamen und vielfältigen Nutzung durch verschiedene Gruppen und der kulturellen Bereicherung. Und er ist vor allem auch eine „Visitenkarte“ für eine Stadt. Kurzum: Die Gestaltung des öffentlichen Raums bestimmt maßgeblich die Lebensqualität im Stadtquartier und das Sicherheitsgefühl des Einzelnen in der Gesellschaft. Durch ihn wird die Stadt erst zur Stadt.

Unterschiedliche Faktoren können die Wahrnehmung des öffentlichen Raums positiv beeinflussen: Niederschwellige Begegnungsorte und nachbarschaftliche Strukturen stärken das Verantwortungsgefühl für das Wohnumfeld. Eine große Rolle spielen städtebauliche Aspekte, wie die Gestaltung von öffentlichen Plätzen, Spielplätzen, Haltestellen, Sport- oder Grünanlagen. Eine geringe Aufenthaltsqualität hingegen führt zum Rückzug aus dem öffentlichen Raum ins Private und erhöht das Risiko für sogenannte „Angsträume“. Darunter leidet auch die Attraktivität der Stadt oder Gemeinde als Kultur- und Wirtschaftsstandort.

## **Unsicherheit offenbart auch andere Defizite: Sicherheit entsteht nicht von selbst**

Als Angstraum bezeichnet man einen öffentlichen (oder halböffentlichen) Ort, an dem Menschen Angst haben, Opfer von Kriminalität zu werden oder eben Räume, die bei den Nutzerinnen und Nutzern diffuse Gefühle von Unsicherheit und Unwohlsein hervorrufen. Diese Wahrnehmung korreliert nicht zwingend mit der realen Gefährdungslage oder polizeilich bekannten Kriminalitätsschwerpunkten. Häufig führen solche „Angsträume“ dazu, dass Menschen ihre Lebensgewohnheiten ändern und diesen Raum meiden. Das kann ein eng begrenzter Bereich sein wie beispielsweise eine Tiefgarage, eine dunkle Unterführung oder eine verlassene Einkaufspassage in den Abendstunden oder eben größere stadträumliche Areale wie Parkanlagen oder ganze Quartiere.

Merkmale solcher Angsträume sind zum Beispiel:

- ▶ undefinierte Übergänge (privat, halböffentlich, öffentlich),
- ▶ fehlende räumliche Gestaltung (Dunkelheit, Unübersichtlichkeit),
- ▶ fehlende Sauberkeit / Vandalismus / Vermüllung,
- ▶ marode Infrastruktur,
- ▶ fehlende soziale Kontrolle,
- ▶ bedrohlich erscheinende Gruppen,
- ▶ unbekannte Situationen,
- ▶ nicht sichtbare Zuständigkeiten/Verantwortlichkeiten.

## **Der Unsicherheit auf den Grund gehen**

Der Begriff der Sicherheit umfasst dabei weit mehr als den physischen Schutz vor Kriminalität oder Gewalt. Es geht um unspezifische Bedrohungsgefühle, die gefühlte oder wahrgenommene Sicherheit durch den Einzelnen.

Dieser komplexe Sicherheitsbegriff setzt sich aus unterschiedlichen Faktoren zusammen, die gleichzeitig auf das Wohnumfeld einwirken: baulich-gestalterische, soziale und organisatorische Aspekte. Diese Bandbreite macht deutlich: Sicherheit im Wohnumfeld kann ein einzelner Akteur nicht gewährleisten. Effektive Präventionsarbeit im öffentlichen Raum setzt das aktive Zusammenwirken vieler gesellschaftlicher Kräfte voraus. Maßgeblich betrifft dies die Aufgabenbereiche von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen mit den dazugehörigen Fachbereichen in der Verwaltung und den Verkehrsbetrieben. Weitere Akteure wie Sozialverbände, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Vereine, Architektenkammern, Stadtentwicklungsfirmen und Planungsbüros, lokale Wirtschaftsunternehmen und natürlich die Bürgerinnen und Bürger selbst kommen hinzu. Ein lebenswerter öffentlicher Raum und Sicherheit in Wohnumfeld und Nachbarschaft ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Mitunter werden unter dem Etikett „(Un-)Sicherheit“ diffuse Probleme und Themenfelder subsumiert, die komplexe Ursachen haben. Das reicht von Dynamiken des Wandels im Quartier über Gefühle der Fremdheit oder des sozialen „Abgehängtseins“ bis hin zu individuellen und wider-

sprüchlichen Bedürfnissen der Nutzer\*innen. Diese vielschichtigen Ursachen von Unsicherheit lassen sich nicht allein auf lokaler Ebene lösen. Deshalb müssen Akteure vor Ort auf effektive Strukturen auf übergeordneter Ebene zurückgreifen können, die Lösungsangebote machen.

Die Fraktion GRÜNE im Landtag setzt dabei auf einen ganzheitlichen Ansatz, der präventive städtebauliche Maßnahmen mit sozialen und politischen Präventionsmaßnahmen kombiniert. Unsere Städte brauchen dynamische Sicherheitsstrategien, die nicht lediglich auf vergangene Ereignisse reagieren, sondern auch Maßnahmen zur Prävention potentieller Gefahren frühzeitig entwickeln.

## **2. Unsere Impulse – Zusammenarbeit stärken, Perspektiven vernetzen**

Unser Ziel ist es, dass wir koordinierte Strategien zur Gestaltung des öffentlichen Raums entwickeln – sowohl mit Blick auf die Nutzungs- als auch auf die Aneignungsstrategien einzelner sozialer Gruppen. Ein erster wichtiger Schritt besteht darin, dass sich die Beteiligten ihrer Wirkung auf die lokale Sicherheitslage bewusst werden: „Wie beeinflusse ich die Wohnqualität und Sicherheit im Quartier?“

Für diejenigen Akteure, für die Sicherheit und Kriminalprävention zu den originären und kontinuierlichen Aufgaben gehören – wie Polizei oder Ordnungsamt – bedeutet dies, sicherheitsrelevante Aspekte immer wieder gezielt in die Diskussion einzubringen, allerdings ohne die Aspekte und Aufgaben der anderen Disziplinen zu dominieren.

Diejenigen, für die Sicherheit nur ein Gesichtspunkt neben weiteren ist – wie Sozial- und Jugendverbände, Verkehrsunternehmen oder Planungsbüros und Wohnungswirtschaft –, haben dagegen die Aufgabe, eine Sensibilität für diese Themen zu entwickeln und sich bewusst auf sie einzulassen. Die vorhandenen innen- und sozialpolitischen Ansätze, zum Beispiel die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Lebenswerter öffentlicher Raum“<sup>1</sup>, wollen wir nun mit städtebaulichen, sozialräumlichen und wohnungspolitischen Aspekten zusammenzuführen. Bestehende Strukturen und Kompetenzen wollen wir dabei ausdrücklich nutzen.

Wir regen deshalb an, eine landesweite Koordinierungsstelle „Sichere öffentliche Räume“ zu initiieren. Die Praxiserfahrung anderer Länder und umfassende Studien<sup>2</sup> zeigen, dass sich aus der Vielzahl an kulturellen Unterschieden und individueller Sicherheitswahrnehmung keine standardisierten Lösungen ableiten lassen, sondern wirkungsvolle und nachhaltige Lösungen im lokalen Kontext und in Kooperation entwickelt werden müssen. Dies haben in Baden-Württemberg Projekte wie Frauenhorizonte Freiburg oder das Frauenprojektehaus Tübingen oder das Konzept des Mannheimer Nachtbürgermeisters bereits erfolgreich in der Praxis erprobt. In

- 1 Am 24. Januar 2013 wurde auf Initiative von Ministerpräsident Winfried Kretschmann der Runde Tisch „Lebenswerter öffentlicher Raum“ einberufen. Ziel war die Beschreibung und Analyse unterschiedlicher alkoholkonsumbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum. Wesentliches Ergebnis war die Einrichtung einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Innenministeriums. Diese sollte unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse die diskutierten Lösungsansätze fachlich bewerten und in einem Maßnahmenpaket mit präventiven und repressiven Ansätzen zusammenfassen. Zum Abschlussbericht der Arbeitsgruppe: [https://im.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/publikationen/Abschlussbericht\\_AG\\_Lebenswerter\\_oeffentlicher\\_Raum.pdf](https://im.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/publikationen/Abschlussbericht_AG_Lebenswerter_oeffentlicher_Raum.pdf)
- 2 Zum Beispiel: „Sicherheit im Quartier – Ansätze sozialräumlicher Kriminalprävention“: Studie des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW sowie des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und der FH Köln, siehe: [https://www.ils-forschung.de/files/publikationen/pdfs/Dokumentation\\_Sicherheit\\_im\\_Quartier\\_online\\_2015.pdf](https://www.ils-forschung.de/files/publikationen/pdfs/Dokumentation_Sicherheit_im_Quartier_online_2015.pdf) oder das Projekt „Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen“, siehe: <http://www.sicherheit-staedtebau.de/>

vielen Städten sind bereits kommunale Präventionsgremien entstanden, die sich fachübergreifend über örtlich auftretende Probleme im öffentlichen Raum austauschen sowie konkrete Präventionsmaßnahmen initiieren.

Dieses Know-How aus den Kommunen muss gesammelt und evaluiert werden. Hieraus lassen sich dann landesweit Best-Practice-Beispiele und Handreichungen ableiten. Wir verstehen diesen Vorschlag als Ergänzung zu der im Koalitionsvertrag 2016 mit der CDU getroffenen Vereinbarung, eine interdisziplinäre Projektgruppe „Sicherer öffentlicher Raum“ einzusetzen, die Konzepte zur nachhaltigen Bekämpfung von Kriminalitätsformen entwickeln wird.

### **3. Teilhabe, Kommunale Sozialpartnerschaft, Soziale Arbeit, Bürgerbeteiligung**

Baden-Württemberg lebt von der Vielfalt seiner Regionen – aber auch von der großen Gestaltungskraft auf der Ebene der Kommunen. Wir sind der Überzeugung, dass sich tragfähige Konzepte für die Ausgestaltung kommunaler Präventionsarbeit nicht zuletzt vor Ort entwickeln. Wir wollen die Bedeutung einer vernetzten Präventionsarbeit in unseren urbanen ebenso wie in unseren ländlichen Räumen durch gezielte Anreize und die Möglichkeit zum landesweiten Austausch gezielt stärken.

Wir betrachten den öffentlichen Raum unter dem Aspekt der Teilhabe. Aus unserer Sicht erfüllt der öffentliche Raum dann seine Funktion, wenn er von den Menschen jederzeit unbesorgt, angstfrei und unter gegenseitiger Rücksichtnahme genutzt werden kann.

Deshalb brauchen wir ein Verständnis der Quartiere und des öffentlichen Raumes als sozialräumliche Strukturen. Es braucht neben Sicherheit und Aufenthaltsqualität auch öffentliche Institutionen, soziale und kulturelle Einrichtungen, die menschliche Begegnung und persönlichen Austausch ermöglichen. Dies stärkt das Gefühl sozialer Geborgenheit, das Gefühl von Sicherheit und darüber auch den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Es ist eine wichtige öffentliche und soziale Aufgabe, Verdrängungsmechanismen und Rückzugsbewegungen im Sozialraum entgegenzuarbeiten, um lebendige Quartiere und Ortschaften zu stärken. Das kann durch offensive soziale Arbeit und die gezielte Einbindung von Gruppen geschehen.

Diese menschnahen und häufig im Wohnumfeld stattfindenden Angebote leben auch von ehrenamtlichem Engagement. Dieses wollen wir weiter fördern und stärken.

### **4. Safer Clubbing – ein sicheres Nachtleben**

Besonders wollen wir auch die Sicherheit im Nachtleben in den Blick nehmen. Sichere Wege, Schutz vor Übergriffen und Gewalt sind berechtigte Anliegen – aber auch, dass gegen Lärmbelästigung, Vandalismus und „Wildpinkeln“ vorgegangen wird. Zerschlagene Flaschen auf Kinderspielplätzen sind nicht einfach nur ein Ärgernis, sondern eine Gefährdung von Kindern.

Diesen negativen Begleiterscheinungen der Partykultur kann auf kommunaler Ebene aktiv begegnet werden, ohne dass Feierlaune und Clubszene daran Schaden nehmen. Entscheidend ist, dass vor Ort Lösungen von Gemeinde, Clubs, Anwohner\*innen, Polizei und Ordnungsamt im

Dialog entwickelt werden. Konzepte wie beispielsweise den Mannheimer Nachtbürgermeister sehen wir als positive Entwicklung in diese Richtung.

Unterstützen wollen wir insbesondere nachahmenswerte Initiativen wie „Ist Luisa da?“ (Freiburg) oder „Arbeitet Uli heute?“ (Tübingen). Gemeinsam mit den teilnehmenden Gastrobetrieben haben Beratungsstellen für Opfer sexualisierter Gewalt ein äußerst niedrigschwelliges verpflichtendes Fortbildungs- und Hilfsangebot entwickelt. So können sich Hilfesuchende, die sich bedrängt oder unter Druck gesetzt fühlen oder bspw. durch K.O.-Tropfen beeinträchtigt sind, über das Codewort ohne langwierige Erklärungen an Service- oder Security-Mitarbeiter\*innen wenden und erhalten deren Hilfe und Unterstützung.

## **5. Plattform für weitergehende Konzeptionen**

Mit dem vorliegenden Papier startet die grüne Fraktion einen Prozess, in dem das Konzept „Stadt.ImPuls“ durch weitere Elemente und konkrete Maßnahmen zur Sicherheit des öffentlichen Raums ausgebaut wird. Dazu gehört die Überlegung, wie durch geeignete Beteiligungsformate Einwohner\*innen auf der kommunalen Ebene aktiv in die Präventionsarbeit eingebunden werden können.

Ebenso braucht es in manchen Quartieren oder Ortschaften neue Impulse für eine bewusste und zielgerichtete Belebung des öffentlichen Raumes und geeigneter Begegnungsorte auf lokaler Ebene.

Die Frage der Suchtprävention wollen wir nochmals in den Fokus nehmen, mit Blick auf die daraus resultierenden Konflikt- und Aggressionspotentiale, aber auch die Herausforderung für die soziale Arbeit.

## **6. Stadt.ImPuls – Unsere Forderungen für eine sichere Kommune**

- ▶ Arbeit von Polizei und Justiz stärken
- ▶ Jeweils bedarfsbezogene Sicherheitspartnerschaften auf lokaler Ebene
- ▶ Das gewachsene Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nicht ignorieren

Dazu gehören aber auch Maßnahmen und Strukturen jenseits von Sicherheit und öffentlicher Ordnung:

- ▶ Stärkung der Sicherheit und der Lebensqualität durch kommunale Präventionsarbeit
- ▶ Lokale Präventionsnetzwerke auf Ebene der Städte und Gemeinden
- ▶ Neue Ansätze und Ideen fördern, austauschen und weiterentwickeln („Ist Ulli da?“, Nachtbürgermeister)
- ▶ Zusammenarbeit und Zusammenspiel von Kommune, sozialen Einrichtungen und Diensten, Nahverkehrsbetrieben, Städtebau und Stadtplanung, Polizei und kommunaler Ordnungsbehörde, örtlichen Betrieben, Vereinen und Institutionen sowie Anwohner\*innen
- ▶ Landesweite Präventionsarbeit, Einrichtung einer *Koordinierungsstelle „Sicherheit im öffentlichen Raum“*

- ▶ Nutzung bestehender Strukturen, Ausbau und Vernetzung
- ▶ Neue Konzepte für ein sicheres Nachtleben entwickeln

In Zukunft wollen wir das Konzept Stadt.ImPuls auf jeden Fall noch ergänzen in den Bereichen:

- ▶ Beteiligungsformate für die Präventionsarbeit
- ▶ Belebung des öffentlichen Raumes
- ▶ Weiterentwicklung der Suchtprävention

### **Anhang: Aufbau, Ziele und Funktion der Landes-Koordinierungsstelle „Sicherheit im öffentlichen Raum“ (SöR)**

Die Koordinierungsstelle soll als eigenständiges Beratungsorgan der Landesregierung sowie örtlicher Gremien und Einrichtungen fungieren. Es geht um Beratung, Unterstützung, Förderung und Qualifizierung von kommunalen Präventionsgremien bzw. handelnden Personen in der örtlichen Präventionsarbeit. Die Institutionalisierung führt zu Lerneffekten und Effizienzgewinnen, weil sich Einzelmaßnahmen der beteiligten Akteure durch interdisziplinäre Zusammenarbeit gezielt aufeinander abstimmen und koordiniert umsetzen lassen.

Die Koordinierungsstelle hat die Aufgabe, die kommunalen Gremien bei der Umsetzung und Finanzierung von Projekten zu unterstützen: Sie entwickelt Konzepte und beschreibt die Rahmenbedingungen für deren Umsetzung, fördert und kontrolliert die Qualität von Präventionsprojekten, bietet eine Plattform für Informations- und Wissenstransfer, koordiniert und unterstützt die Netzwerkbildung für Sucht-, Gewalt- und Kriminalprävention sowie gut erreichbare Strukturen sozialer Daseinsfürsorge, kooperiert mit Institutionen auf Landes- und Bundesebene und trägt schließlich Ziele und Inhalte der Präventionsarbeit in die Öffentlichkeit. Zudem könnte durch ein landesweites Gremium mit entsprechender Ausstattung die Prävention als gesellschaftliche Aufgabe stärker ins Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gerückt werden. Dabei hat die Koordinierungsstelle die Belange von urbanen Verdichtungsräumen und ländlich geprägten Dörfern gleichermaßen im Blick.

#### **Zu den Arbeitszielen der Koordinierungsstelle gehören:**

- ▶ Koordinierung und Weiterentwicklung landesweiter Modellprojekte zu Präventionsaspekten im öffentlichen Raum (im Sinne von Sucht-, Gewalt- und allgemeiner Kriminalitätsprävention),
- ▶ Durchführung von Informations- und Fachveranstaltungen sowie Fortbildungen zu unterschiedlichen Themen der Prävention im öffentlichen Raum,
- ▶ Mitwirkung in Kooperationen, Netzwerken und Partnerschaften für Prävention im öffentlichen Raum auf Landes- und Bundesebene sowie auf internationaler Ebene.
- ▶ Evaluierung und Auszeichnung von Best-Practice-Beispielen sowie Erstellung von **Handreichungen und Handlungsleitfäden**: Beispielsweise soll ein Kriterienkatalog für die Planung und Bewertung öffentlicher Räume im Hinblick auf Wohnqualität und Sicherheitsaspekte im Städtebau entwickelt werden. So können Wohnobjekte und

Quartierslösungen mit einem landesweiten „**Qualitätssiegel: „Starke Stadt“**“ zertifiziert werden, wenn sie die Kriterien aus den Leitlinien erfüllen und sich aktiv um ein positives soziales Umfeld und Miteinander bemühen.

- ▶ Beratung und Unterstützung bei akuten Problemlagen und der Entwicklung effizienter Strukturen vor Ort

### **Handlungsfelder der Koordinierungsstelle**

Die kommunale Präventionsarbeit ist durch die Ideen der Subsidiarität, des bürgerschaftlichen Engagements und der Nachhaltigkeit (Vorbeugen statt Sanktionieren) geprägt. Sie wird unterstützt und ermöglicht durch eine sozialraumorientierte Arbeit in hoher Qualität. In Baden-Württemberg gibt es zahlreiche erfolgreiche Initiativen für Sucht-, Gewalt- und Kriminalitätsprävention sowie gut erreichbare Strukturen sozialer Daseinsfürsorge auf kommunaler Ebene. Zu diesen zählen ambulante psychosoziale Angebote ebenso wie Kinder- und Familienzentren sowie Mütter- und Nachbarschaftszentren. Ihnen allen mangelt es jedoch mitunter an Bekanntheit in der Bevölkerung und an Vernetzung. Eine Institutionalisierung könnte der Präventionsarbeit auf kommunaler Ebene starken Auftrieb verleihen. Die praktische Arbeit der Koordinierungsstelle umfasst aus unserer Sicht vier Dimensionen:

**1. Nutzung: Beteiligung stärken, Quartiere entwickeln.** Das Sicherheitsempfinden der Bewohner\*innen wird stark durch die Möglichkeit der sozialen Kontaktaufnahme in der Nachbarschaft geprägt. Lebenswerte, öffentliche Räume entstehen nur dort, wo frühzeitig Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet und Sorgen und Wünsche aufgenommen werden. Der Fokus liegt auf der Eigenverantwortung und Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer von öffentlichen Räumen; entsprechend sind Interessengruppen und Verbände (Jugendamt, Sozialplanung, Migrationsbeiräte, kirchliche Einrichtungen, etc.) sowie Dienstleister und Unternehmer (Einzelhandel, Gastronomie, Kulturvereine, etc.) einzubeziehen.

Hierzu sollen insbesondere niederschwellige Beteiligungsformate entwickelt werden, wie die der Landesstrategie „Quartier 2020“ des Sozialministeriums. Dafür eignen sich insbesondere Mittel über die Förderlinie der Nicht-investiven Städtebauförderung (NIS). Eine landesweite Koordinierungsstelle könnte über regionale „ImPulsgeber“-Kongresse Ideen sammeln und Best-Practice-Beispiele vorstellen, die die Kommunen in ihre Praxis vor Ort implementieren können. In regelmäßigen Quartiers- und Stadtteilrunden können Bürger\*innen Nutzungskonflikte thematisieren und Hintergründe sowie Lösungsansätze mit Verantwortlichen, z.B. lokalen Sozialverbände, Wohnungswirtschaft, Polizei und kommunaler Verwaltung, diskutieren. So erhalten Verantwortliche tiefere Einblicke in die alltägliche Lebenswelt der Bewohner\*innen. In der Folge fördern sie Maßnahmen, die stärker an den realen Bedarfen ausgerichtet sind.

**2. Gestaltung: Stadt der kurzen Wege.** Das nachbarschaftliche Miteinander wird auch durch passende bauliche Gestaltung befördert. Innerhalb dieses Themenkomplexes geht es insbesondere um die Aufwertung der öffentlichen Infrastruktur durch städtebauliche und architektonische Gestaltung (zum Beispiel Zugänglichkeit von öffentlichen Räumen und sichere Abstellmöglichkeiten, Verkehrsanbindung, Wegeführung) sowie die technische Ausstattung (Beleuchtung, öffentlich nutzbare Räume, Nachbarschaftstreffpunkte, Sitzmöglichkeiten). Als

wichtiger Akteur auf Landesebene sollte hier das Netzwerk Baukultur Baden-Württemberg integriert werden.

Zielmarke ist die „Stadt der kurzen Wege und Erreichbarkeiten“: Sie erlaubt eine niederschwellige und schnelle Kontaktaufnahme zu einzelnen Institutionen im Wohnumfeld. Anlaufstellen können Quartiersbüros, Stadtteil- und Jugendzentren sowie Beratungsstellen sozialer Träger sein. Zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen eignen sich Mittel der klassischen Städtebauförderung. Gegebenenfalls kann die Arbeit der landesweiten Koordinierungsstelle auch zu Anpassungen der Förderrichtlinien führen.

**3. Organisation: Begegnungsorte schaffen, Dialog fördern.** Dieser Aspekt betrifft insbesondere die kommunale Seite, also Pflege, Reinigung und Instandhaltung der öffentlichen Räume. Es geht um eine kontinuierliche und vernetzte Kommunikation der beteiligten Akteure, um Nutzungskonflikte oder Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und im besten Fall von Beginn an zu unterbinden. Das umfasst alle Planungsphasen von öffentlichen Räumen – von der Planung über Neu- und Umbaumaßnahmen bis zur Nutzung. Zu den Aufgaben des Managements gehört es aber auch, Begegnungsorte und Kommunikationsmöglichkeiten sowie generationengerechte und zielgruppenorientierte Angebote im öffentlichen Raum zu organisieren. Hier sind insbesondere Jugendämter und Sozialverbände sowie die mobile Jugendsozialarbeit gefragt. Es geht auch um die Frage, wie öffentliche Institutionen wie Schulen, Kindergärten, Volkshochschulen und Büchereien in die Prozesse eingebunden werden können. Fragen der Sucht- und Krankheitsprävention können in diesem Themenfeld ebenfalls eine Rolle spielen.

**4. Sicherheit und Kontrolle: „Kümmerer vor Ort“ installieren.** Die Mitwirkung der Polizei oder der kommunalen Ordnungsämter spielt nicht nur beim Thema Kriminalprävention, sondern auch bei der sozialen Vernetzung im Quartier eine große Rolle. Das kann zum Beispiel über einen Kontaktbeamten vor Ort erfolgen. Als direkter Ansprechpartner vor Ort kann er sowohl allgemeine Beratungs- und Schulungsangebote anbieten als auch auf konkrete Kriminalitätsphänomene und Deliktbereiche im Quartier reagieren. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört es, im direkten Kontakt für die Probleme der Bürgerinnen und Bürger da zu sein. Auch in diesem Bereich können Wohnungsunternehmen unterstützend als „Kümmerer“ vor Ort mitwirken, etwa durch Hausverwaltungs- und Hausmeisterdienste. Nach Vorbild der Stadt Mannheim wollen wir außerdem anregen, dass Kommunen sogenannte „Nachtbürgermeister“ als Vermittler für mehr Sicherheit an viel genutzten „HotSpots“ im Nachtleben einsetzen. Als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können sich die „Nachtbürgermeister“ an Ort und Stelle vernetzen, Konflikte zwischen Clubbetreibern, Besucherinnen und Besuchern, Anwohnerinnen und Anwohnern entschärfen und aktuelle Entwicklungen im Blick behalten.

Ebenfalls regen wir an, dass die Möglichkeiten digitaler Kommunikationswege stärker in den Blick genommen werden. So können Kommunen Apps nutzen, um niederschwellig Anliegen und Beschwerden zu sammeln. Bürgerinnen und Bürger können so unkompliziert und schnell defekte Laternen, vermüllte Plätze oder andere Anregungen zur Aufwertung des Stadtbildes melden.